

Berantwortliche Redakteure.
Für den politischen Theil:
J. Fontane,
Für Feuilleton und Vermischtes:
J. Steinbach,
Für den übrigen redact. Theil:
J. Hafeld,
sämtlich in Posen.
Berantwortlich für den Inseraten:
J. Klugkist in Posen.

Posener Zeitung

Achtundneunziger

Jahrgang.

Nr. 817

Sonnabend, 21. November.

1891

Die "Posener Zeitung" erscheint wöchentlich **drei Mal**, am Sonn- und Festtag folgenden Tagen jedoch nur zweimal. Das Abonnement beträgt vierteljährlich 4,50 M. für die Stadt Posen, 5,45 M. für ganz Deutschland. Bestellungen nehmen alle Ausgabestellen der Zeitung sowie alle Postämter des deutschen Reichs an.

Deutscher Reichstag.

122. Sitzung vom 20. November, 1 Uhr.

(Nachdruck nur nach Uebereinkommen gestattet.)

An Stelle des Abg. Dr. Krause wird der Abg. Dr. Hermann Dauer zum Schriftführer gewählt.

Darauf wird die zweite Beratung der Krankenkassen novelle fortgesetzt. Bei § 2, welcher die facultative Ausdehnung der Versicherungspflicht durch Ortsstatut außer den bisher schon benannten Kategorien auf die im Kommunalbetrieb beschäftigten Personen und auf sämmtliche Hausindustrie durch Ortsstatut bestimmt, verlangt ein Antrag Bruhns (Soz.) die ortsstatutarische Versicherungspflicht auch für Dienstboten, einschließlich der landwirtschaftlichen.

Abg. v. Strombeck (Ctr.) stellt zwei Anträge, von denen der eine für die Versicherungspflicht der Kommunalbeamten eine Einkommengrenze von 2000 M. festsetzt, der andere die genaue Aufzählung der versicherungspflichtigen Personen im Ortsstatut auch hinsichtlich der von den Kommunalbehörden beschäftigten Arbeiter verlangt.

Abg. Graf v. Holstein (l.) befürwortet den Antrag Bruhns. Es liegt kein Grund vor, den Dienstboten die Wohlthaten des Gesetzes vorzuenthalten. Namentlich auf dem Lande sei eine allgemeine Versicherung der Dienstboten nothwendig.

Abg. v. Strombeck (Ctr.) hält die genaue Begrenzung des Kreises der zu versichernden Personen im Ortsstatut für nothwendig, namentlich bei der Ausdehnung der Versicherungspflicht auf die Familienangehörigen, da das Gesetz keine Definition des Begriffes "Familienangehörige" kennt. In Bezug auf seinen ersten Antrag hält Redner es überhaupt für wünschenswerth, überall als Grenze für die Versicherungspflicht ein Jahreseinkommen von 2000 Mark festzulegen; wer dieses Einkommen habe, könne seinen Arzt selbst bezahlen.

Abg. Molkenbuhr (Soz.) tritt für die Versicherung der Dienstboten ein. Nur in einer einzigen Stadt in Deutschland, in Hamburg, besteht jetzt eine Krankenversicherung der Dienstboten im Sinne des Gesetzes; überall sonst müssten die Dienstboten die ganzen Kosten ihrer Versicherung tragen. Die Fürsorge der Dienstherrschaften, namentlich auf dem Lande, sei in Krankheitsfällen der Dienstboten ungenügend; mit der Buzierung eines Arztes werde meistens viel zu lange gezögert.

Abg. Möller (nl.) hält bei der Ausdehnung der Versicherung auf die gesamte Hausindustrie die größte Vorsicht für nothig. In manchen industriellen Gegenden würden die Beiträge der Arbeitgeber viel zu drückend werden, und daran werde die Versicherung scheltern.

Abg. Spahn (Btr.) erklärt sich gegen den Antrag Bruhns aus den bereits gestern angeführten Gründen und tritt für die vom Abg. von Strombeck gestellten Anträge ein.

Abg. Ebert (df.) spricht sich gegen den sozialdemokratischen Antrag aus, da bereits in der Kommission nachgewiesen worden sei, daß die Dienstboten nach Einführung der obligatorischen Versicherungspflicht nicht besser gestellt sein würden.

Staatssekretär v. Bötticher bittet ebenfalls um Ablehnung des Antrages Bruhns, da die reichsgesetzliche Regelung dieser Materie mit den Landesgesetzen zum Theil kollidiren würde, zum Theil auch ihrem weiterem Ausbau in dieser Beziehung hindernd in den Weg treten könnten. Dagegen seien die Anträge von Strombeck wohl annehmbar. Bezüglich der Ausdehnung der Versicherungspflicht auf die Hausindustrie schwanken Verhandlungen zwischen den einzelnen Regierungen, ob nicht für einen Theil derselben, z. B. die in der Gasrentindustrie beschäftigten Personen die obligatorische Versicherungspflicht ausgesprochen werden soll.

Nachdem Abg. Molkenbuhr nochmals für den Antrag Bruhns eingetreten ist, wird § 2 mit den Anträgen v. Strombeck angenommen; der Antrag Bruhns wird abgelehnt.

Zu § 2a (Ausdehnung der Versicherungspflicht auf die im Dienst eines Staats oder des Reichs thätigen, bisher nicht versicherungspflichtigen Personen seitens des Reichskanzlers) wird ein Antrag von Strombeck angenommen, die Versicherungspflicht auf diejenigen zu beschränken, welche ein Jahreseinkommen von höchstens 2000 Mark beziehen.

Zu § 3 (Ausklöpfung der Personen des Soldatenstandes und der im Staats- oder Kommunaldienst Beschäftigten, die im Erkrankungsfall Anspruch auf Fortbezug des Gehaltes oder Unterstützung auf mindestens 13 Wochen haben) beantragt Auer die Verlängerung der vorausgelegten Unterstützungsduauer auf 1 Jahr.

Abg. Bruhns (Soz.) vertheidigt den sozialdemokratischen Antrag mit Hinweis auf die Bestimmung eines späteren Paragraphen, in welchem die Bezahlung des Krankengeldes von Seiten der Kassen auf länger als 13 Wochen ausgedehnt werden kann. Es sei auch ungerecht, die Personen, welche § 3 berücksichtigt, von einer Wohlthat auszuschließen, die zahlreiche Statute von Krankenkassen den Mitgliedern der letzteren gewähren. Auch der Anschluß an die Invaliditäts-Versicherung mache die verlangte Erweiterung wünschenswerth. Überhaupt sei die Verlängerung der Zeit, für welche das Krankengeld gewährt werden solle, eine Forderung, auf deren Erfüllung gedrungen werden müsse.

Abg. Dr. Hirsh (df.) tritt dem Vorredner in dem letzten Punkte bei. Die freien Kassen gewähren jetzt mit verschwindend geringen Ausnahmen Krankengeld für mindestens 26 Wochen. Warum sollte das nicht auch den Zwangskassen möglich sein? Eine Verkürzung der Unterstützungsduauer auf $\frac{1}{2}$ oder 1 Jahr sei um so nothwendiger, je mehr Bevölkerungskreise in die Versicherungspflicht einbezogen würden.

Abg. Biehl (Btr.) vertheidigt die Ortskrankenkassen, die so lange Krankengeld nicht gewähren könnten, weil nicht alle genügend gut fundirt seien. Die Ortskrankenkassen befinden sich in einer schlimmeren Lage als die freien Kassen, da sie zur Plausnahme aller Arbeiter desselben Berufes gezwungen würden.

Abg. Möller (nl.) meint auch, daß die Verlängerung der Unterstützungsduauer wohl in einzelnen Fällen, aber nicht generell angängig sei.

Staatssekretär v. Bötticher erklärt, daß der Wunsch auf die Verlängerung der Unterstützungsduauer auch von den Regierungen getheilt werde, der Erfüllung dieses Wunsches stehe aber die Härte der Thatsachen hinter im Wege. Das Vermögen vieler Ortskrankenkassen gestatte noch nicht eine allzu lange Gewährung von Krankengeld. Von 4200 Zwangskassen gewährten 3250 die Unterstützung nur für 13 Wochen, die übrigen auf längere Zeit, von 1866 freien Kassen 687 bis 26 Wochen, 420 bis 1 Jahr und 74 darüber hinaus Krankengeld. Dafür sei aber auch der Vermögensstand der letzteren kein besonders günstiger, da 25 pCt. derselben ohne Überschuß oder mit einer Unterbilanz arbeiten. Nationeller sei es daher, wenn die Kassen über ihre Leistungsfähigkeit nicht hinausgehen.

Abg. Molkenbuhr glaubt nicht, daß die pekuniären Anforderungen an die Kassen bei einer Ausdehnung der Unterstützungszeit auf ein Jahr zu groß werden würden.

Abg. Dr. Hirsh verweist darauf, daß die Zwangskassen insofern günstig gestellt seien, als aus ihnen die Arbeiter wegen des Wechsels der Arbeit viel häufiger austreten als aus den freien Kassen, und als die alten Arbeiter meist nicht mehr Mitglieder der Zwangskassen wären, während sie bis in's höchste Alter Mitglieder der freien Kassen blieben. Aus diesem Grunde schon seien die Leistungen der freien Hilfsklassen bedeutender.

Abg. Ebert (df.) ist dagegen der Ansicht, daß die jetzige Zeit durchaus ungeeignet sei, die Leistungen der Kassen zu vermehren. Deshalb ist er gegen den Antrag Bruhns.

§ 3 wird unverändert unter Ablehnung des Antrags Bruhns angenommen.

(§ 4 Neuerung der Gemeindekrankenversicherung) enthält gegenüber dem bisherigen Gesetze die neue Bestimmung, daß durch Statut auch allen nichtversicherungspflichtigen

Inserate werden angenommen
in Posen bei der Zeitung in
Füllung, Wilhelmstraße 17,
Grl. Ad. Hösch, Hoflieferant
Gr. Gerber u. Breitkopf & Cö.
Otto Liebisch, in Firma
J. Beermann, Wilhelmstraße 8,
in den Städten der Provinz
Posen bei unseren
Agenturen, ferner bei den
Annonsen-Expeditionen Posen
Posen, Haasenstein & Vogler A.-G.
G. J. Deubel & Co., Frankfurt a. M.

Inserate, die leichtgepaßte Petitionen oder deren Raum
in der Morgenansage 20 Pf., an der letzten Seite
20 Pf., in der Mittagansage 25 Pf., an besagter
Stelle entsprechend höher, werden in der Expedition für die
Mittagansage bis 8 Uhr Vormittags, für die
Morgenansage bis 5 Uhr Nachm. angenommen.

Personen mit einem Jahreseinkommen bis 2000 M. der Beitritt zur Gemeindeversicherung gestattet sein soll.

Abg. Dr. Hirsh (df.) beantragt, diesen Zusatz zu streichen. Die Beratung über Absatz 1 des § 4, welcher eine Neuregelung der Gemeindekrankenversicherung infofern enthält, als zu den gesetzlich anerkannten Klassen die freien Hilfsklassen nur in beschränkter Weise gerechnet werden sollen, wird ausgezett und vollmit § 75, welcher die Pflichten der freien Hilfsklassen regelt, verbunden werden.

Abg. Dr. Hirsh (frei) begründet seinen Antrag. Die Gemeindekrankenversicherung habe schon lange den Charakter eines Nothbehelfes verloren, und man solle den Kreis dieses Institutes nicht weiter ausdehnen, als es nothwendig sei, und nicht alle möglichen Kategorien von Personen in diese Klassen hineinbezahlen. Der privatärztliche Beruf würde in bedeutslicher Weise eingeschränkt werden, wenn jeder Einzige der billigen Gemeindekrankenklasse betrete. In manchen Städten seien $\frac{1}{10}$ der Kranken den Privatarzten durch die Krankenkassen entzogen. Diesem Versuch, alles von oben zu machen, die freie Privatähnlichkeit soweit wie möglich einzuschränken, müsse man auf das Entgegentreten.

Abg. Dr. Buhl (nl.) hält die vom Vorredner befämpfte Bestimmung für unbedenklich. In den Ortskrankenkassen bestände diese Einrichtung schon lange zu Recht. Man müsse es auch dem kleinen Handwerk ermöglichen, der Krankenversicherung beizutreten. Redner erklärt sich deshalb auch gegen den Antrag Strombeck und bittet an dem Kommissionsbeschlusse festzuhalten.

Abg. Ebert (df.) tritt im Interesse des schon jetzt sehr bedrängten ärztlichen Standes für den Antrag Hirsh ein. Bei aller Fürsorge für die ärmere Bevölkerung dürfe man doch nicht so weit gehen, in einer gelegentlichen Bestimmung Wohlthaten zu erweisen, die nicht nötig seien, die aber gewisse Klassen der Bevölkerung schädigen.

Abg. Dr. Buhl erwidert, daß das ärztliche Honorar ein weitaus größeres sein werde, als das von der großen Berliner Gewerkschaftskasse den Ärzten gezahlt.

Abg. Ebert hält dem Vorredner entgegen, daß die Verhältnisse der Stadt Berlin mit diesem Paragraphen nichts zu schaffen hätten. In Berlin werde den Ärzten ein Minimalgehalt von 1500 Mark gezahlt.

§ 4 wird mit einem Antrage v. Strombeck, welcher für die freiwillige Versicherung bei allen Kategorien eine Grenze von 2000 M. Jahreseinkommen festgesetzt, angenommen. Der Antrag Hirsh wird gegen die Stimmen der Freisinnigen abgelehnt.

Zu § 5a, der als Beschäftigungsort bei Betrieben mit wechselnden Arbeitsorten den Sitz des Gewerbebetriebes bezeichnet, beantragt Abg. Vollrath (df.) eine Ergänzung dahin, daß die Zugehörigkeit periodisch beschäftigter Arbeiter zur Krankenkasse nicht vom Beschäftigungsplatz, sondern vom Domizil der Arbeiter abhängig sein solle.

Dieser Antrag wird abgelehnt, und der § unverändert angenommen.

§ 6 regelt Dauer und Umfang der Krankenunterstützung.

Zwei Anträge Auer wollen 1) das Krankengeld bereits vom Tage der Erkrankung, statt nach der Vorlage erst vom dritten Tage ab zu gewähren und 2) die Unterstützungsduauer von 13 Wochen auf 1 Jahr auszudehnen.

Ein Antrag Dr. Hoffel (Eßässer) will die ärztliche Behandlung des Erkrankten auf Kosten der Gemeindekrankenversicherung nur durch einen approbierten Arzt zulassen.

Ein Antrag Ebert-Birchow spricht gleichfalls das Prinzip aus, daß als ärztliche Behandlung im Sinne des Gesetzes die durch einen approbierten Arzt erfolgende zu gelten habe, läßt aber die Anrufung ärztlicher Hilfe von Personen, die eine technische Vorbildung genossen, die ärztliche Prüfung aber nicht bestanden, in Fällen dringender Gefahr, wo ein approbiert Arzt nicht zu erreichen ist, zu.

Berliner Brief.

Von Philipp Stein.

(Nachdruck verboten.) Berlin, 20. November.

Diese Woche gehörte recht eigentlich dem Theater. Wir haben von Sonnabend ab allabendlich eine Première gehabt, sogar eine Nachmittags-Vorstellung am Sonntag. Im Uebrigen ist ausnahmsweise bis zu diesem Moment nichts Aufrregendes passirt. Daß am Sonnabend wieder eine große Firma fallt hat und das wiederum nicht unglückliche Geschäftsunfälle, sondern die maßlose Verschwendung des Besitzers, des Herrn Maass den Ruin herbeigeführt hat, daß dabei wiederum viele vertrauensselige Leute ihr Geld verloren haben und sogar Mündelgelder vergeudet worden sind — all das kann nicht sonderlich überraschen, es ist nur ein Strich mehr zu dem Bilde, das wir in unseren beiden letzten Briefen an dieser Stelle von dem Treiben grünenwahnijnniger Börsianer entworfen haben. Daß am Donnerstag der aus seiner Ohrfeigen- und Ehrenwort-Affaire sattham bekannte Redakteur des Börsen-Courier Klausner einem Schriftsteller, der den Fall Sommerfeld in der "Gegenwart" beprochen und dabei gelegentlich auch den Redakteur Klausner sehr scharf angegriffen hatte, Abends vor dem Lessingtheater aufgefauert und dann eine durchaus vorbereitete Schlägerei, zu der er sich einen Zeugen mitgebracht hatte, herbeigeführt hat — auch das ist nach den früheren Thaten Klausners nicht mehr sehr auffällig. Seltamer ist schon, daß die Polizei dem "Deutschen Theater" für den Todtensonntag die Aufführung der "Mitschuldigen" verboten hat. Die so allgemein beliebten Absperrungsmaß-

regeln der Berliner Polizei erstrecken sich also bereits auch auf das literarisch-theatralische Gebiet.

Sprechen wir daher schnell noch vom Theater, solange es noch nicht verboten ist und wir uns darauf beschränken müssen, ausschließlich von den Verhandlungen der Generalsynode uns zu unterhalten. Das wäre beinahe so schlimm, als wenn man Lubliner Schauspiel "Der kommende Tag" ernst zu nehmen verpflichtet würde, mit einem überaus großen Erfolg, der sich am Schlus bis zu Hochrufen aus den oberen Rängen steigerte, ist das Schauspiel am Montag auf der Hofbühne in Szene gegangen. Lubliner ward sogar nach dem 3. Akt in die kaiserliche Loge geschieden. Es war ein sehr großer Erfolg.

Schade nur, daß das Schauspiel vom literarischen oder auch nur vom Theaterstandpunkt aus betrachtet, völlig wertlos ist. Das Stück hat vier Akte und ist doch nach dem zweiten eigentlich schon völlig zu Ende. Im zweiten Akt nämlich ist dem Arbeiter Franz von der Transmissionsmaschine der rechte Arm schwer verletzt worden. Franz kann nun nicht mehr in der Fabrik arbeiten, aber er kann auch nicht recht was Anderes werden, denn — und das ist das Motiv des ganzen Stük — er hat keine Fachschule besucht. Er wollte es wohl seinerzeit, aber es war kein Platz für ihn. Nun wird er Hausdiener und es geht ihm und seiner kleinen Frau recht traurig. Im 3. Akt zieht sich sein Schwager, ein karikirt gezeichneter Bürokrat, mit ihm, mit seinem Vater und mit seinem Schwiegervater herum — der ganze 3. Akt hat sonst absolut keine Bedeutung. Im 4. Akt sitzt Franz mit seinem Frauchen Lise tröstet da. Lise tröstet ihn — sie hätten ja eine Zukunft, sie hätten ja einen Sohn. Aber Franz bleibt verzweifelt — wenn der Junge heranwächst, sagt er, wird ja doch kein Geld da sein, ihn in die Fachschule zu schicken. Und wenn auch das Geld da ist, dann ist vielleicht kein Platz da für den Jungen, wie ja auch einst Franz wegen Platzmangel von der Fachschule ferngehalten ist. Da öffnet sich — dazwischen liegen ein paar völlig überflüssige nichtsagende Scenen — die Thüre und der Fabrikmeister Jenzsch, Franzens Schwiegervater, tritt herein, freudestrahlend auf ein Altenstück in seiner Hand verweisend, auf den kaiserlichen Erlass vom April 1891. Nun hat alle Noth ein Ende, erklärt er, denn hier steht es: "Platz ist zu schaffen für Jedermann! Neue Schulen sollen eingerichtet werden für's Baugewerk, für's Maschinenfach . . . Schulen, Schulen für andere Gewerke nach Bedarf!" Lise begrüßt jubelnd und hoffend den "kommenden Tag" und das Stück ist zu Ende . . .

Das ist, wie Jedermann sieht, eine kindlich ungeschickte Bühnenarbeit. Aber es steht ein ernstes soziales Wollen darin, wird man vielleicht einwenden. Doch auch das trifft nicht zu. Wenn ein Schriftsteller, dem das Herz erfüllt ist von dem Jammer der sozialen Noth, für Linderung dieser Noth eintritt mit fühnem Wagen und in der Entrüstung über das Elend der Zustände, den Blick getrübt von heiligem Zorn, den rechten Weg verfehlt und ein schlechtes Stück schreibt — das kann man verstehen und entschuldigen. Herr Lubliner aber hat geschwiegen von der sozialen Noth, so lange sie nicht offiziell vom Reichs-Anzeiger anerkannt war — Jetzt rennt er offene Thüren ein und erscheint als Anbeter des kaiserlichen

Abg. Dr. Hoeffel (Rp.) tritt im Namen des ärztlichen Standes für seinen Antrag ein. Redner verweist auf einen Fall aus Bittau, wo eine Krankenkasse einen Kurpfuscher als Kassenarzt angestellt und auf Beschwerde die Chemnitzer Bezirksregierung erklärt habe, sie könne es den Mitgliedern der Kasse nicht verwehren, sich ihren Arzt selbst zu wählen. Das sei eine Lücke im Gesetz, die den ärztlichen Stand schwer schädige. Die Krankenversicherung sei eine staatlich organisierte Institution und darum sei es notwendig, daß nur vom Staat approbierte Aerzte innerhalb dieser Institution den Heilberuf ausüben. Die Zulassung der Naturärzte gefährde Leben und Gesundheit der Kranken und befördere die Simulation. Redner erklärt sich bereit, seinen Antrag event. zu Gunsten des Antrages Eberth zurückzuziehen.

Abg. Dr. Virchow (dfr.) hält es nach dem Sinne des Gesetzes für zweifellos, daß ursprünglich lediglich die Behandlung durch einen approbierten Arzt ins Auge gefaßt ist. Um aber Zweifeln hierüber vorzubeugen, habe er seinen Antrag eingebracht, der ja den praktischen Bedürfnissen weit genug entgegenkommt, indem in Fällen dringender Gefahr die Behandlung durch einen Nichtarzt zugelassen werde. Aber wer die Naturärzte ohne Unterschied zulassen will, entzieht dem Gesetz jede objektive Grundlage. Wir haben ja nichts dagegen, daß jedermann den Arzt seines Vertrauens wähle. Aber ein Naturarzt hat doch nicht wie ein staatlich approbiert Arzt wissenschaftliche und gemeinnützige Interessen, sondern es kommt ihm nur darauf an zu rentieren, und darum ist seine Konkurrenz nicht immer eine würdige. Hat jemand Vertrauen zu einem Naturarzt, so mag er ihn wählen, aber er darf doch nicht verlangen, daß für die Behandlung durch einen Arzt, der gar keine Garantie für sein Wissen und Können giebt, aus öffentlichen Mitteln gezahlt werden soll. Das Vertrauen der Leute zu Naturärzten ist auch größtentheils kein bewußtes, sondern gründet sich auf faszinierenden Reden der Nachbarn. Was wir nun verlangen, ist, daß das Gesetz ohne Hinterhürre gehandhabt werde, daß, da das Gesetz ausdrücklich "ärztliche" Behandlung vorschreibt, die Behandlung auch durch einen wirklichen Arzt erfolge. Ich werde mich den Bestrebungen derjenigen Kollegen immer entschließen widersezen, welche die Kurpfuscher gesetzlich verbieten wollen, aber ich muß auch dem entgegentreten, daß man die Kurpfuscherei nicht nur zuläßt, sondern auch protegiert. Die Zulassung der Naturärzte aber durch dieses Gesetz wäre eine Protektion der Kurpfuscher. Hier würden Sie einen Zustand schaffen, der gerade gegen das Gesetz ist; wir verlangen nur, daß das Gesetz ausgeführt wird, daß die Willkür beseitigt wird. Die Ausnahmefälle müssen soweit als möglich formuliert werden. Es muß eine gewisse Garantie sein, daß der Betreffende, an den der Kranken im Notfall sich wendet, wenigstens etwas von der Heilkunde versteht, wenigstens eine gewisse technische Vorbildung hat. Absolut ausgeschlossen müssen dagegen die bloßen Naturärzte sein, die nichts weiter für sich anstreben können, als daß sie sagen: ich will Arzt sein; das sie volo, sic jubeo darf hier nicht gelten! (Heiterkeit.) Die Naturärzte haben das Bestreben, sich in Stellungen vorzudrängen, in denen sie als Arzt gelten; dieses Bestreben dürfen wir nicht unterstützen. (Beifall.)

Staatssekretär v. Voetticher ist der Ansicht, daß die Erledigung dieser Frage bei diesem Gesetz nicht zweckmäßig sei. Die Sache liege einfach so, daß im Falle des Bedürfnisses den Kassenfranken ärztliche Behandlung zu Theil werden müsse, in der Regel zweifellos durch einen approbierten Arzt. Der Bundesrat habe aber gemeint, daß die Entscheidung der allgemeinen Frage, welche Behandlung als eine zulässige, ärztliche anzusehen sei, nicht bei diesem Krankenversicherungsgesetz, sondern in der Gewerbeordnung getroffen werden müsse. Er habe damit durchaus den Naturärzten keinen Vorwurf leisten wollen.

Was nun den Antrag Eberth anbelangt, so sei allerdings die sachgemäße Behandlung durch einen approbierten Arzt weit eher garantiert, als durch irgend einen anderen Menschen. Aber in der Praxis stößt man auf sehr große Hindernisse. Nicht überall sei sich ein Arzt zu haben. Während in Berlin auf 10000 Einwohner 7 Aerzte kommen, betrage das Verhältnis in der Provinz Posen 177 : 10000. Auf den Inseln der Nordsee, den Halligen, sei es während eines großen Theiles des Jahres unmöglich, die Hilfe eines approbierten Arztes zu erhalten, da ein solcher oft mehrere Tage brauchen würde, um vom Festlande nach dem Bestimmungs-orte zu gelangen. Da müsse man froh sein, wenn man die Hilfe eines, wie Herr Virchow sagt, Naturärztes, wie man sonst sagen könnte, eines klugen Mannes mit vieler Erfahrung zu sachverständiger Hilfe bereit zu haben. Die Regierung wolle also da, wo ein approbiert Arzt nicht sofort zu erlangen sei, auch nicht approbierte Aerzte zulassen. Wolle man die lechteren aus dem Gesetz ganz ausschließen, so erreiche man damit nur den Effekt, daß viele Leute einer sofortigen Hilfe in Erkrankungsfällen entbehren müssen. Diese Leute würden sich doch schließlich an einen sogen. Naturarzt wenden. Deshalb bitte er, es bei den bisherigen Bestimmungen zu lassen.

Hierauf vertagt das Haus die weitere Berathung auf Sonnabend 1 Uhr. Schluß 5½ Uhr.

Erlaßses. Das ist ja noch viel schlimmer, als die Praxis Wilbenbruchs. Wilbenbruch prophezeit aus der Vergangenheit immer die Gegenwart — so läßt er in den "Quigows" den ersten Hohenzollern auf dem brandenburgischen Boden bereits die Sozialpolitik Kaiser Wilhelm I. verkünden. Lubliner aber tritt im November 1891 mit offiziell approbiertem Mannesmuth für einen von Niemandem irgendwie angefochtenen Erlaß vom April dieses Jahres ein.

Und wie Lubliner in sozialer Hinsicht ein Nachtreter ist, so auch in dramatischer. Früher, solange es eben Mode war, hat er Lindau kopirt und Schönthan, noch im vorigen Jahre hat er nach Art dieser beiden den Bühnenrealismus in einem albernen Schauspiel „Im Spiegel“ zu verspotten versucht — und nun, da der Bühnenrealismus und das Arbeiterstück Mode geworden sind, macht er als strebamer Kaufmann sofort in Realismus und Arbeiterfreundlichkeit. Immer wie's die Kundschaft will. Aber die Kundschaft muß doch bei näherem Hinsehen merken, daß die neue Lubliner'sche Waare eine ganz schlechte Nachahmung ist. Die Charaktere sind unwahr, wie ihre Sprache. Nur das wunderbare Spiel Vollmers und die Herzimigkeit von Paula Conrad konnte mitunter darüber hinwegtäuschen.

Gleichfalls einen sehr großen Erfolg hat am Mittwoch im Lessing-Theater ein Schauspiel von Alexander v. Roberts gehabt. Das Stück heißt „Satisfaktion“ und behandelt die Duellfrage. Die beiden ersten Akte zeigen Roberts, der zum ersten Male die Bühne betrifft, überraschend bühnengewandt, sie sind auch als Ganzes recht gut. Ein bedeutender Künstler, gleichzeitig Professor und Landwehrleutnant, lebt seit fünf Jahren in glücklicher Ehe mit Elly; die er ihrem Vater, einem hohen Militär, einst entführt hat. Die grausliche

Deutschland.

Berlin, 20. Nov. Vier weitere Paragraphen der Krankenkassennovelle hat der Reichstag heute glücklich unter Dach und Fach gebracht. Wenn man sagt, „der Reichstag“, dann muß man sich freilich immer bewußt bleiben, daß das Geschäft der Berathung und Beschiebung nur von einem Fünftel, höchstens von einem Viertel der Volksvertretung ausgeübt wird. Es ist eine Art von erweiterter Kommission, die sich in dem öden Saale verbrochen und gar nicht malerisch gruppirt. Die drei Viertel bis vier Fünftel, die bisher mit katonischer Konsequenz ferngeblieben sind, schenken den Anwesenden offenbar das ehrende Vertrauen, daß sie die Sache schon allein in beste Ordnung bringen werden. Das Wesentliche an der Berathung und Beschiebung ist, daß die Kommissionsbeschlüsse jedem Anprall widerstehen. Die Paragraphen werden reihenweise in der Kommissionssatzung angenommen, höchstens finden die mehr technischen Verbesserungsvorschläge des Abg. Strombeck (Zentrum) Gnade vor den Augen der Mehrheit. Das Zentrum bringt sich auch diesmal wieder mit oft bewährter Geschicklichkeit in den Mittelpunkt der Geschäfte. Vollkommen hoffnungslos erscheinen die bei jedem Paragraphen wiederholten Versuche der Sozialdemokraten, den Rahmen des Versicherungszwanges zu erweitern. Heute war es zumeist ihre Forderung, diesen Zwang auch auf die Dienstboten auszudehnen, die das Haus eingehender beschäftigte. Der konervative Graf Holstein unterstützte das sozialistische Begehr, aber es half nichts, der Antrag mußte fallen. Der materielle Grund dafür ist wenig erfreulich. Durch alle diese Verhandlungen schimmert nämlich immer deutlicher die Erkenntnis hindurch, daß der gesamte Versicherungszwang, die Kranken-, die Unfalls- und die Altersversicherung, finanziell auf zu schwachen Füßen steht. Was die Kassen und Versicherungsanstalten leisten, das ist nicht viel im Vergleich zu dem, was von ihnen gefordert wird. Jede, auch die geringste Mehrbelastung bringt die Finanzgrundlagen der Kassen ins Wanken. Darum geht es nicht, den Zwang auf die Dienstboten auszudehnen, und darum ging es ferner nicht, wie die Sozialdemokraten wollten, in § 3 die dreizehnwöchentliche Unterstützung allgemein auf 52 Wochen zu erhöhen. Wie vorher ein konservativer Redner seine Sympathie für das Dienstboten-Amendment ausgesprochen hatte, so geschah es bei diesem zweiten sozialdemokratischen Amendment durch den freisinnigen Abg. Max Hirsch. Aber es blieb auch hier bei der bloßen Sympathie. Der Rest der Debatte hatte wenig Interesse. Beim § 6 vertagte sich das Haus.

Der Bundesrat hat, wie der „Reichsanzeiger“ meldet, in der Sitzung vom 29. v. Mts. beschlossen, daß die in der Bekanntmachung vom 12. April 1883 enthaltenen Ausführungsbestimmungen zur kaiserlichen Verordnung, betreffend das Verbot der Einfuhr von Schweinen, Schweinefleisch und Würsten amerikanischen Ursprungs, vom 6. März 1883, ganz außer Anwendung treten sollen. Durch diesen Beschuß sind die Vorschriften, die für die Einfuhr von Schweinen aus Oesterreich-Ungarn, Italien und Russland Ursprung und Gesundheitsatteste erforderlich, nicht beseitigt worden. Unter Bezugnahme auf die Verfügung vom 11. April 1883 III sind die Zollstellen hiernach mit Anweisung versehen worden.

In der am 19. d. M. unter dem Vorsitz des Staatssekretärs von Voetticher abgehaltenen Plenarsitzung des Bundesrates wurde über mehrere Eingaben in Zoll- und Steuerangelegenheiten Beschuß gefaßt. Dem Entwurf einer Verordnung über das Berufungsverfahren beim Reichsgericht in Patentfällen ertheilte die Versammlung die Zustimmung, genehmigte die Berechnung der nach dem Entwurf des Reichshaushaltsgesetzes für 1892/93 zur Deckung der Gesamtausgabe aufzubringenden Matrikularkosten und beschloß, den Eingaben des Kuratoriums des Real-Gymnasiums zu Duisburg und der Patronate, Kuratorien, Direktionen und Lehrer-Kollegien anderer Real-Gymnasien, betreffend die Zulassung der Abiturienten von Real-Gymnasien zum medizinischen Studium, eine Forderung nicht zu geben. Die Denkschrift über die Ausführung der seit dem Jahre 1875

erlassenen Unleihe-Gesetze wurde dem Ausschuß für Rechnungsweisen übergeben.

— Herr v. Rauchhaupt, dem gegenüber der Kaiser un längst das Wort: summa lex regis voluntas — ohne Zweifel mit Rücksicht auf die Opposition der Konservativen gegen den Minister Herrfurth — gebraucht haben soll, erklärt in der „Hessischen Zeitung“, er denke nicht daran, sein Mandat zum Abgeordnetenhause niederzulegen; er werde sich aber an der nächsten Session nicht wieder beteiligen, „da seine Stellung (als Landrat) jetzt größere Arbeitskraft erfordere.“ Der Vorwand ist nicht übel. Die Wähler werden gut thun, bei den nächsten Wahlen die viel beschäftigten Herren Landräthe zu Hause zu lassen.

— Beobachten der Zeit. Das Moabiter Untersuchungsgesetz beherbergt in diesem Augenblick mehr als 250 Büchalter, welchen wegen Verdachts der Kuppelreihe der Prozeß gemacht werden soll.

Parlamentarische Nachrichten.

Die Interpellation der Abgeordneten Hitz und Ge nossen betreffend gesetzgeberische Maßnahmen zur Hebung des Handwerkstandes ist im Reichstage bereits morgen auf die Tagesordnung gestellt worden. Sie hat den Zweck, das Ergebnis der bekanntlich unter Ausschluß der Deffentlichkeit geplauderten Verhandlungen der Handwerkertagung klar zu stellen. Bisher war nur bekannt, daß die Errichtung von Handwerkskammern in Erwägung gezo gen werden sollte, daß aber Unterstaatssekretär v. Rottenburg die Einführung des Befähigungs nachweises auch nur für das Baugewerbe für ausgeschlossen erklärte.

Telegraphische Nachrichten.

Königsberg i. Pr., 20. Nov. Amtliches Resultat der Reichstagswahl im Wahlkreise Gerdauen-Rastenburg-Friedland: Oberpräsident Graf zu Stolberg-Wernigerode (konservativ) wurde mit 9012 Stimmen gewählt. Papendieck (freisinnig) erhielt 7175, Lorenz (Sozialist) 439 Stimmen.

Wien, 20. November. In der heutigen Sitzung des Heeresausschusses der ungarischen Delegation sprach sich gegenüber einer Anfrage des Kriegsminister gegen die Herabsetzung der aktiven Dienstzeit aus, indem er in dieser Beziehung auf Deutschland hincwies. Der Minister führte aus, daß in Deutschland die Verhältnisse für eine eventuelle Einführung der zweijährigen Dienstzeit eher günstiger liegen, weil dort die Kompagniestärke durchschnittlich 100 Mann, in Oesterreich-Ungarn aber nur 80 Mann betrage. Nur eine Erhöhung des Mannschaftsstandes könne eine Herabsetzung der Dienstzeit ermöglichen. Die Jahreskosten für dieselbe würden sich auf etwa 11 Millionen steilen.

Wien, 20. Nov. Der Kaiser ernannte den Prinzen Friedrich August von Sachsen zum Major im Dragoner-Regiment Albert, König von Sachsen.

Wien, 20. Nov. Der auswärtige Ausschuß der ungarischen Delegation begrüßte heute den Grafen Kalnoky herzlich zu seinem 10jährigen Ministerjubiläum mit dem Wunsche, der Minister möge noch lange zum Wohle der Monarchie weiter wirken. Graf Kalnoky dankte tief gerührt. Am Schlusse der Sitzung gratulirten die einzelnen Delegirten dem Minister persönlich.

Wien, 20. Nov. Mehrere Morgenblätter besprechen das heutige Dezennium der Thätigkeit des Grafen Kalnoky als Minister des Auswärtigen in sehr sympathischer Weise. Das „Fremdenblatt“ betont als Hauptverdienst des Ministers, daß heute das Vertrauen in die ehrliche, uneigennützige, friedliche und vertragsmäßige Politik der Monarchie über jeden Zweifel erhaben sei.

Riga, 20. Nov. Das hiesige Bezirksgericht verurtheilte zwei ehemalige Geheimpolizisten wegen lebensgefährlicher Misshandlung zweier Studirender des hiesigen Polytechnikums zu einem resp. zwei Jahren Zuchthaus.

Rom, 20. Nov. Die „Agenzia Stefani“ meldet, der Wechselturs zeige in ganz Italien eine merklich fallende Tendenz. An der Börse in Rom sei heute der Wechselturs um 1,25 Francs zurückgegangen, indem er anstatt wie gestern zu 4, heute zu 2,75 schloß. Dieses Fallen des Wechselturzes sei zuzuschreiben der natürlichen Reaktion der lebendigen und

Familie hat sich das damals gefallen lassen, ohne daß einer der Väter Ellys den Künstler gefordert hätte. Nun wird der Künstler, Prof. Bolz, Nachts auf der Straße von einem grünen Jungen, einem Koulouristudenten, angerempelt, er wird natürlich groß und am nächsten Tage erhält er von dem Bengel eine Forderung auf Pistolen. Selbstverständlich lehnt er es ab. Die Familie seiner Frau aber ist über diese „Feigheit“ entrüstet, der alte Generalleutnant will seinen Abschied nehmen, große Familienszene, Bolz aber besteht auf seinem Entschluß und die Gattin hält zu ihm. So die ersten beiden Akte, an denen nur zu tadeln ist, daß der Verfasser sich die Sache zu leicht gemacht hat. Als vernünftigen Bekämpfer des Duells führte er einen sympathischen Künstler vor, als starre Verfechter des Duellunfugs einen hohen Militär und einen jungen Diplomaten, beide aber in arger Geisteskaratur. Das geht doch nicht — im 3. und 4. Akte freilich fällt dieser Fehler kaum mehr auf, da sich nun die Fehler häufen und das so verständig angelegte Stück völlig Unfertig wird. Der Generalleutnant sendet seinen Neffen zu Bolz und läßt ihm andeuten, der einzige ehrenwolle Ausweg für ihm wäre es, wenn er sich selbst eine Kugel durch den Kopf schießt (!). Bolz fordert den jungen Grafen, dieser lehnt die Annahme der Forderung ab, denn, so sagt er ihm in seiner Wohnung und in Gegenwart der Gattin, Bolz sei nicht mehr satis faktionsfähig. Ein normaler Mensch hätte nun den jungen Grafen hinausgeworfen, Bolz aber, ein Mensch Robertscher Konstruktion, greift zum Revolver — natürlich kommt nun der übliche Bühneneffekt, die Gattin wirft sich dazwischen &c. Ebenso gehts dann im 4. Akt — Bolz duelliert sich mit dem jungen brutal schneidigen Grafen. Wie das zu der anfänglichen Tendenz des Stücks stimmt, weiß man zwar nicht,

aber man hört ein paar Mal lustig knallen. Des besseren Bühneneffekts willen müssen nämlich die Duellanten sich auf dem Bauplatz neben dem Bolz'schen Hause schließen, damit Frau Elly in ihrem Zimmer die Schüsse hören und die gewohnte Bühnenverzweiflung — statt zu weinen, spricht sie laut Gebete! — aufzubringen kann. Bolz kommt dann natürlich, wie's nach jedem rechten Bühnenduell der Fall ist, mit angeschossenem linken Arm nach Hause und der Generalleutnant meint, nun ist Alles in Ordnung. Das Publikum war gleicher Ansicht und ein Theil der Kritik ist es auch — einige Herren sprechen sogar von einem der „Ehre“ ebensüchtigen Werk, einige sogar von einem „echten“ Werk deutscher Dichtung in die Säde.

Neben diesen beiden Hauptnovitäten der Woche kam im „Berliner Theater“ gestern eine recht unbedeutende Lustspielarbeit „Die Komödie Sr. Durchlaucht“ von Michael Klapp und Adolf Gerstmann zur Aufführung, im Residenz-Theater ein kindisch-zotenhaft-dilettantisches Lustspiel aus dem Ungarischen, „Husarenliebe“, die nach zwei Abenden bereits abgesetzt werden mußte. Bei Wallner ward eine früher bereits vielbewährte Posse von Barré und Gondinet „Immer zerstreut“ aufgeführt — eine Arbeit von wirklicher Komik und entzückender Lustigkeit. Der zweite Akt ist wohl das Bollendetste, was auf dem Gebiet der Situationskomik und der Ausnutzung szenischer Mittel überhaupt denkbar ist. Dabei ist Dialog und Handlung durchweg anständig, sodaß das übermächtig draufische Stück auch in Provinzialhauptstädten sich empfiehlt — freilich sind dazu Kräfte nötig, wie sie das Wallnertheater in den Künstlern Guttery und Gimig besitzt.

wirtschaftlichen Kräfte des Landes gegen die bereits von den Zeitungen besprochenen Börsenmanöver, welche die Wechselkurse auf eine den wirklichen Tages-Operationen nicht entsprechende Höhe zu bringen strebten.

Die Ausfuhr des Landes habe nach den letzten statistischen Zollerhebungen zugenumommen, und die Einfuhr sich vermindert. Der Grund für diese Thatsachen sei in der ausgezeichneten Getreideernte zu sehen.

Paris., 20. Nov. Nach einer Meldung aus Valparaiso ist George Monti zum Präsidenten der Republik Chili gewählt worden.

Paris., 20. Nov. Der Präsident Carnot empfing heute Nachmittag um 3 Uhr den russischen Minister v. Giers zu einer sehr herzlichen Zusammenkunft, welche etwa eine halbe Stunde währte. Der Besuch trug keinen offiziellen Charakter. Giers trug nur Gesellschaftsanzug, militärische Ehren wurden ihm nicht erwiesen. Vom Elysée aus begab sich der Minister in das Kriegsministerium, wo er eine etwa 20 Minuten dauernde Zusammenkunft mit dem Ministerpräsident de Freycinet hatte. Nach dem Besuch bei Freycinet stattete der Minister v. Giers dem Minister des Auswärtigen Ribot einen längeren und kurz darauf noch einige andere Besuche ab. Freycinet und Ribot werden morgen die Besuche erwidern.

Lens., 20. Nov. Die Nacht verlief ziemlich bewegt. An verschiedenen Stellen versuchten heute früh die Streifenden die zur Arbeit kommenden am Einsfahren zu verhindern, wurden jedoch durch Truppen vertrieben. In den Bergwerken von Courrières nimmt die Zahl der Arbeitenden zu.

Der Deputirte Basly ist damit beschäftigt, zum Sonntag eine Versammlung von Delegirten der Bergarbeiter zu berufen, um derselben den Vorschlag der Regierung betreffend die Einsetzung eines Schiedsgerichts zu unterbreiten.

Madrid., 20. Nov. Gerüchtweise verlautet, es ständen Veränderungen innerhalb des Kabinetts unmittelbar bevor. Namentlich sollen der Finanzminister und der Minister des Innern gesonnen sein, ihre Entlassung zu nehmen.

Boston., 20. Nov. Bei dem gestrigen Banket des Home-Market-Klub wurde Mac Kinley als künftiger Präsident der Republik begrüßt. In einer Ansprache wies Mac Kinley auf die aus dem neuen Tarif für die Vereinigten Staaten entstandenen Vortheile hin, Amerikas auswärtiger Handel sei niemals so groß gewesen, wie im vergangenen Jahr. Europa habe an die Vereinigten Staaten im letzten Jahre 99 Mill. Dollars in Gold bezahlt, woraus sich ergebe, daß die europäischen Einkäufe in Amerika die amerikanischen Einkäufe in Europa um diesen Betrag überstiegen hätten. Die Schutzzoll-Politik müsse aufrecht erhalten bleiben bis alle Nationen der Welt sich den amerikanischen Arbeitsbedingungen anpaßten und ihren Arbeitern dieselben Löhne bezahlten, wie die Amerikaner den amerikanischen Arbeitern.

4. Klasse 185. Königl. Preuß. Lotterie.

Ziehung vom 20. November 1891. — 4. Tag Vormittag.
Nur die Gewinne über 210 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigelegt. (Ohne Gewähr.)

160	329	41	448	54	501	734	(3000)	48	855	979	1117	74	82	91	286
308	436	60	517	61	72	611	53	70	78	735	977	90	2005	42	278
845	919	(500)	3164	273	406	355	(300)	82	857	99	990	(3000)	83	4002	54
54	58	130	(1500)	83	297	460	527	739	89	914	57	95	5041	186	303
536	79	673	732	47	94	835	37	957	87	6061	62	138	90	92	(300)
52	501	26	684	7015	(3000)	130	48	260	369	497	509	662	870	8046	115
383	55	585	728	57	862	940	9013	31	35	43	184	274	480	517	24
796	972	10084	263	302	423	(3000)	522	665	821	26	(600)	990	11092	215	35
81	89	325	781	807	12037	297	300	501	701	998	13013	78	199	239	76
3000	87	828	420	56	522	85	620	706	(300)	36	834	98	14055	(300)	335
561	87	634	61	793	24453	510	(3000)	22	38	606	962	73	25221	(500)	1
75	(300)	323	69	88	446	537	96	(1500)	710	828	47	935	26105	244	1
353	438	56	710	28	30	83	851	71	917	82	27137	369	401	28	98
623	(300)	803	35	28300	526	78	816	96	981	70	80	(500)	84	29010	14
119	222	(3000)	40	98	644	749	94	900	31	45	30251	64	68	381	(300)
3000	87	325	781	807	12037	297	300	501	701	998	13013	78	199	239	76
98	562	618	41	(300)	501	731	64	805	98	32038	75	158	66	791	93
281	300	323	69	88	446	537	96	(1500)	710	828	47	935	26105	244	1
613	80	96	763	913	85	37172	261	81	481	630	31	796	821	63	38099
449	545	636	49	969	(500)	93	39291	505	801	3000	40	98	644	749	94
40014	113	441	620	60	917	41057	280	382	408	512	678	700	47	817	30251
32	73	80	42056	119	88	244	378	86	403	617	737	836	949	41323	321
428	651	754	(300)	70	4402	90	277	95	98	390	(300)	414	38	765	93
903	21	45381	429	685	773	(300)	87	816	914	46041	(3000)	304	65	74	50002
500	517	(300)	88	605	(3000)	75	79	766	912	17	53	47131	63	236	1
50	81	312	563	770	91	931	84	250	412	(300)	583	(10000)	86	5002	1
861	49110	(500)	530	631	(1500)	86	50022	176	230	49	76	92	102147	292	1
274	315	502	28	(300)	637	721	36	(500)	845	52087	51	168	259	314	54
470	507	51	78	730	(500)	890	999	53033	37	(500)	110	44	(3000)	259	76
26	448	557	75	676	744	942	85	54278	488	562	678	748	950	55048	1
96	146	202	327	426	(300)	28	688	718	46	70	987	94	56378	487	510
96	632	709	811	(500)	61	85	98	(300)	57037	202	24	301	406	544	665
764	83	855	905	6	91	55001	67	151	263	458	540	682	747	937	59039
80	87	158	202	323	61	72	(300)	407	526	883	887	70068	130	231	60
60136	238	(300)	67	323	403	568	689	98	707	22	55	899	61102	321	1
90	541	785	889	98	918	66	62127	47	221	54	(15000)	433	503	74	91
788	836	948	63100	382	480	86	533	80	88	648	96	875	988	64005	1
178	230	329	(3000)	481	(300)	616	(3000)	809	925	26	65246	351	96	427	947
278	75	89	(300)	93	536	(500)	646	735	66	66026	111	240	344	411	91
869	83	(10000)	912	31	93	67916	102	235	405	573	(500)	651	68	762	810
32	937	41	74	68068	191	378	482	503	89	850	97	920	77	69045	103
86	219	52	88	98	498	609	767	828	85	956	70068	108	83	88	359
718	875	(300)	900	70	72027	307	427	568	79	603	5	36	700	862	73257
466	500	55	(300)	761	77	894	939	72	74081	379	517	54	(3000)	621	1
717	805	48	906	22	76	75411	87	(500)	514	620	39	707	31	805	900
43	53	60	87	76141	52	221	360	76	439	69	88	500	9	624	36
53	63	77028	173	291	353	98	482	523	47	50	70	85	670	710	13
803	915	87	78013	45	121	(500)	212	42	61	390	(300)	475	652	729</	

Betroleum still. Standard white loko 6,20 Br., p. Nov.-Dez. 6,15 Br. — Wetter: Bewölkt.

Pest. 20. Nov. Produktenmarkt. Weizen loko ruhig, per Frühjahr (1892) 11,46 Gd., 11,48 Br. Hafer p. Frühjahr (1892) 6,63 Gd., 6,71 Br. — Neu-Mais p. Mai-Juni 1892 6,20 Gd., 6,22 Br. Kohlraps p. Aug.-Sept. — Gd., —, Br. — Wetter: Trübe.

Petersburg. 20. Nov. Produktenmarkt. Talg loko 50,00, p. Aug. —, Weizen loko 14,25. Roggen loko 13,25. Hafer loko 5,50. Hanf loko 45,00. Leinsaat loko 14,75. Wetter: Frost.

Paris. 20. Nov. Getreidemarkt. (Schlußbericht) Weizen fest, p. Nov. 27,50, p. Dez. 27,50, p. Jan.-April 28,40, p. März-Juni 28,90. — Roggen ruhig, p. Nov. 22,20, p. März-Juni 23,90. — Mehl fest, p. Nov. 60,60, p. Dez. 60,90, p. Jan.-April 62,10, p. März-Juni 62,90. — Rüböl beh., p. Nov. 68,00, p. Dez. 68,50, p. Jan.-April 70,25, p. März-Juni 70,75. — Spiritus steigt, p. Nov. 44,50, p. Dez. 44,75, p. Jan.-April 45,00, p. Mai-August 46,00. — Wetter: Bedeckt.

Paris. 20. Nov. (Schlußbericht) Rohzucker fest, 888 loko 38,00. Weißer Zucker steigend, Nr. 3, p. 100 Kilo p. Nov. 40,75, p. Dez. 41,00, p. Jan.-April 41,62%, p. März-Juni 42,00.

Gavre. 20. Nov. (Telegr. der Hamb. Firma Beimann, Siegler u. Co.) Kaffee in New York schloß mit 35 Points Baffee: 1 Kilo 6000 Sac, Santos 12000 Sac Recettes für gestern.

Gavre. 20. Nov. (Telegr. der Hamb. Firma Beimann, Siegler u. Co.) Kaffee, good average Santos, p. Nov. 87,00, p. Dez. 84,50, p. März 79,25. Unregelmäßig.

Amsterdam. 20. Nov. Java-Kaffee good ordinary 54%.

Amsterdam. 20. Nov. Getreidemarkt. Weizen auf Termine niedr., per Nov. 262, per März 275. — Roggen loko geschäftlos, do. auf Termine niedr., p. März 265, p. Mai —. Hafer p. Frühjahr —. Rüböl loko 32, p. Dez. 31, p. Mai 32%.

Antwerpen. 20. Nov. Petroleummarkt. (Schlußbericht) Raffiniertes Type weiß loko 16 bez. und Br., p. Dez. 15%, Br., p. Jan.-März 15 Br., p. Sept.-Dez. 16%, Br. Stetig.

Antwerpen. 20. Nov. Getreidemarkt. Weizen schwach. Roggen ruhig. Hafer schwach. Gerste fest.

Antwerpen. 20. Nov. Wolle. (Telegr. der Herren Willems u. Comp.) Wolle. La Blata-Zug, Type B., per Jan. 4,37%, per März 4,45, Mai 4,50, entfernte Termine 4,55 Verkäufer.

London. 20. Nov. Chili-Kupfer 44% per 3 Monat 45%.

London. 20. Nov. 96 v.C. Javazucker loko 15% feit — Rüben-Rohzucker loko 14%, feit. Centrifugal Cuba 15% feit.

London. 20. Nov. An der Küste 3 Weizenladung angeboten. Wetter: Heiter.

London. 20. Nov. Getreidemarkt. (Schlußbericht) Fremde Zufuhren seit gestern Montag: Weizen 71 180, Gerste 25 910, Hafer 65 460 Orts.

Getreide allgemein sehr träge, Hafer circa 1/4 bis 1/2 sb. niedriger, übriges auch schwimmendes und angekommenes Getreide nörmell, unverändert, williger. Weizen allgemein Ausfuhrverbote abwartend.

London. 20. Nov. (Aufgangsbericht) Fremde Zufuhren seit gestern Montag: Weizen 71 200, Gerste 25 900, Hafer 65 500 Orts. Sämtliche Getreidearten sehr ruhig, Hafer 1/4 bis 1/2 sb. niedriger.

Glasgow. 20. Nov. Roheisen. (Schlußbericht) Mixed numbers 47 sb. Käfer, 47 sb. d.

Glasgow. 20. Nov. Die Vorräte von Roheisen in den Stores belaufen sich auf 499 676 Tons gegen 612 684 Tons im vorigen Jahre.

Die Zahl der im Betriebe befindlichen Hochöfen beträgt 76 gegen 6 im v. J.

Liverpool. 13. Nov. Getreidemarkt. Weizen 1/2 d. und Mais 1 d. niedriger. Mehl unverändert. Wetter: Regen.

Liverpool. 20. Nov. Baumwoll-Wochenbericht. Wochen-Umsatz 61 000 desgl. von amerikanisch. 53 000, dgl. für Spekulation 2000, desgl. für Export 3000, desgl. für wirtl. Konsum 48 000,

desgl. unmittelbar ex Schiff u. Lagerhäuser 65 000, Wirk. Export 6000, Import der Woche 127 000, davon amerikanische 99 000, Vor- rath 832 000, davon amerikanische 648 000; schwimmend nach Großbritannien 460 000, davon amerikanische 450 000.

Liverpool. 20. Nov. Baumwolle. (Aufgangsbericht) Muthmaschlicher Umsatz 12 000 B. Fest. Tagessimport 26 000 B.

Liverpool. 20. Nov. Baumwolle. Umsatz 14 000 B., davon für Spekulation und Export 2000 B. Amerikaner 1/16 höher.

Mittel. amerikan. Lieferungen: Nov.-Dez. 4²⁶%, Jan.-Febr.

4¹⁷%, März-April 4¹⁷%, Mai-Juni 4⁵, Juli-August 4¹⁷, d. Alles

Käuferpreise.

Newyork. 19. Nov. (Aufgangskurse.) Petroleum Pipe line certificates per Dez. —. Weizen per Dezbr. 106.

Newyork. 19. Nov. Waarenbericht. Baumwolle in New York 8%, do. in New Orleans 7%. Raaff. Petroleum Standard white in New York 6,25—6,40 Gd., do. Standard white in Philadelphia 6,20—6,35 Gd. Robes Petroleum in New York 5,50, do. Pipeline Certificates p. Dez. 59^{1/4}%. Biemlich fest. Schmalz loko 6,42, do. Rohr u. Brothers 6,87. Spec short clear Chicago 6,10, Worf Chicago p. Dez. 8,40. Suder (Farr refilling Muscovados) 3^{1/2}. Mais (New) p. Dez. 57, p. Jan. 54, p. Mai 52%. Rother Winterweizen loko 105%. — Raffee Rio Nr. 7, 14. Mehl 4 D. 25 C. Getreidebrüche: — Rupfer p. Dez. 11,15. Rother Weizen p. Nov. 104%, p. Dez. 105%, p. Jan. 107, p. Mai 110%. Raffee Nr. 7, (*) eröffnet 59%.

* eröffnet 59%.

Berlin. 21. Nov. Wetter: Trübe.

Newyork. 20. Nov. Winterweizen Rother p. Nov. 104%, C. p. Dez. 105%. C.

Fonds- und Altien-Börse.

Berlin. 20. Nov. Die heutige Börse eröffnete und verließ im Wesentlichen in recht fester Haltung und stützte sich in dieser Beziehung auf die günstigeren Tendenzmeldungen der fremden Börsenplätze und auf andere in demselben Sinne wirkende auswärtige Nachrichten.

Die Kurse setzten durchschnittlich höher ein und konnten in Folge von umfangreichen Deckungsläufen auch weiterhin noch etwas ansteigen; nur vorübergehend trat in Folge von Realisationen eine kleine Abschwächung der Haltung ein; der Börsenschluß erschien aber recht fest.

Der Kapitalmarkt zeigte feste Haltung für heimische solide Anlagen; Reichs- und Preußische Staatsanleihen fester und lebhafter. Fremde setzten Zins tragende Papiere, gleichfalls recht fest; ausländische Eisenbahnbölligationen im Kurs zumeist gebeissen; Russische Anleihen belebt und steigend; Russische Noten erheblich höher, auch Ungarische 4prozentige Goldrente und Italiener nicht unwesentlich befreit.

Der Brabandisont wurde mit 3% Prozent notiert.

Auf internationalem Gebiet gingen Österreichische Kreditaktien zu höherer Notiz mit unwesentlichen Schwankungen ziemlich lebhaft um; Franzosen, Lombarden und Dux-Bodenbach fester, auch andere Österreichische Bahnen etwas anziehend; Schweizerische stark steigend und belebt, wie auch Warschau-Wien.

Inländische Eisenbahntickets waren recht fest; Marienburg-Mlawka, und Ostpreußischer Südbahn erheblich höher.

Banknoten durchschnittlich fester; die spekulativen Devisen namentlich Distonto Kommandit- und Berliner Handelsgesellschafts-Anttheile steigend und belebt.

Industriepapiere fester bei mäßigen Umsätzen; auch Montanwerke besonders in den Ultimapapieren etwas besser und lebhafter.

Produkten-Börse.

Berlin. 20. Nov. An der heutigen Börse lagen mehrere Privatdepechen vor, nach welchen die Ausfuhr von Weizen aus Russland nunmehr verboten sein soll. Weizen wurde bei sehr kleinen Umsätzen trotzdem um 1% niedriger abgegeben. In Roggen war die Haltung ziemlich fest. Der Preisstand ist nach

mehrfachen Schwankungen wenig verändert. Hafer still und schwach, hinter Termeine verloren 1/2 M. Roggenmehl etwas lebhafter zu niedrigeren Preisen. Rüböl wenig verändert. In Spiritus zeigte sich, trotz der schwachen Volozufuhr, überwiegend Realisationslust, so daß die Preise um 40—50 Pf. nachgaben.

Weizen (mit Ausschluß von Rauhweizen) p. 1000 Kilo. Lolo still. Termeine schwanken. Gefündigt — Do. Ründigungspreis — M. Lolo 230—240 M. nach Qualität. Lieferungsqualität 235 M., p. diesen Monat 234,5—234 bez., p. Nov.-Dez. und per Dez.-Jan. 232,5—233,5—232,5 bez., per April-Mai 232,5 bis 233,75—232,75 bez.

Roggen per 1000 Kilo. Lolo unverändert. Termeine niedriger. Gef. 150 Do. Ründigungspreis 240 M. Lolo 230—242 M. nach Qualität. Lieferungsqualität — M. gut inländ. 238—238,5 ab Bahn bez., p. diesen Monat 240,5—240,75—240—240,5 bez., p. Nov.-Dez. 240—240,5—239,75—240,25 bez., p. April-Mai 238 bis 238,5—237,75—238 M. bezahlt.

Gerste p. 1000 Kilo. Still. Große und kleine 162—210 M. Futtergerste — M. nach Dual.

Hafer p. 1000 Kilo. Lolo matt. Termeine wenig verändert. Gef. 950 Do. Ründigungspreis 169 M. Lolo 164—184 M. nach Qualität. Lieferungsqualität 171 M. Bomm. preuß. u. schle. mittel bis guter 167—176, feiner 182 ab Bahn und frei Wagen bez., p. diesen Monat 170—169,5 M. bez. p. Nov.-Dez. 169,5 bis 169 bez., p. Dez.-Jan. —, p. April-Mai 177,5—177 bez.

Mais p. 1000 Kilo. Lolo still. Termeine niedriger. Gef. — Do. Ründigungspreis — M. Lolo 163—174 M. nach Dual, p. diesen Monat — M., p. Nov.-Dez. 164—163 bez., per April-Mai 137,5—136,5 M. bez.

Erbse p. 1000 Kilo. Kochware 205—250 M., Futterwaare 185—198 M. nach Qualität.

Roggemehl Nr. 0 und 1 per 100 Kilo brutto incl. Sac. Termeine niedriger. Gefündigt — Sac. Ründigungspreis — M., p. diesen Monat 33,15—33,05 bez., p. Nov.-Dez. p. Dez.-Jan. und p. Jan.-Febr. 1892 33,05—33 bez., p. April-Mai 32,9—32,85 bez.

Rüböl p. 100 Kilo mit Fak. — ob Bahn bez., lolo ohne Fak. —, p. diesen Monat 62,6—2 bez., p. Nov.-Dez. 62,2 bis 61,9 bez., p. Dez.-Jan. —, p. Januar-Februar — bez., p. Febr.-März — bez., p. April-Mai 61 M. bez.

Trockene Kartoffelfäste p. 100 Kilo brutto incl. Sac. Lolo 37,00 M. — Feuchte dgl. p. lolo 20,50 M.

Kartoffelmehl p. 100 Kilo brutto incl. Sac. Lolo 37,00 M. Markt.

Betroleum. (Raffiniertes Standard white) p. 100 Kilo mit Fak. in Posten von 100 Str. Termeine — Gefündigt — Kilo — Ründigungspreis — M., p. diesen Monat — M., p. Dez.-Jan. — bez.

Spiritus mit 50 M. Verbrauchsabgabe p. 100 Liter à 100 Proz. = 10 000 Proz. nach Tralles. Gefündigt — Str. Ründigungspreis — — Markt. Lolo ohne Fak. 73,1—73 bez.

Spiritus mit 70 M. Verbrauchsabgabe. Etwas matter. Gef. 20,000 Str. Ründigungspreis 52,9 M. Lolo mit Fak. —, p. diesen Monat 52,8—53 bez., p. Nov.-Dez. p. Dez.-Jan. und per Jan.-Febr. 1892 52,7—53—52,9 bez., p. Febr.-März —, p. März-April —, per April-Mai 53,8—53,7—53,8 bez., p. Mai-Juni 54 bis 53,9—54 bez., p. Juni-Juli 54,4—54,2—54,4 bez., per Juli-August 54,9—54,7—54,8 bez.

Weizenmehl Nr. 00 32,75—31,25, Nr. 0 31,00—29,50 bez. keine Marken über Notiz bezahlt.

Roggemehl Nr. 0 u. 1 33,25—32,25 bez., do. keine Marken Nr. 0 u. 1 34,25—33,25 bez., Nr. 0 1%, M. höher als Nr. 0 und pr. 100 Kilo Br. inl. Sac.

Feste Umrechnung: 1 Livre Sterl. = 20 M. 1 Doll. = 4^{1/2} M. 1 Rub. = 3 M. 20 Pf. 7 fl. züdd. W. = 12 M. 1 fl. österr. W. = 2 M. 1 fl. hell. W. 1 M. 20 Pf. 1 Franc oder 1 Lira oder 1 Peseta = 80 Pf.

Bank-Diskonto. Wechsel v. 20.	Brnsch. 20. T.L.	— 101,06 br.	Schw. Hyp.-Pf. 4 ^{1/2}	102,10 br. G.	Reichenb.-Pfier. (SNV)	5	194,50 bz.	Fr.Hyp.-B.I. (rz.120) ^{1/2}	113,00 G.	Bauges. Humb. 6	28,25 G.
Amsterdam... 3 8 T. 168,30	Cöln-M. Pr.-A. 31/2	131,00 bz.	Serb.Gld-Pfd. 5	88,50 bz.	do. Wien	18 ^{1/2}	194,50 bz.	do. do. VI.(rz.110) 5	115,90 br. B.	Moabit ...	65,75 bz. B.
London 14 8 T. 20,31	Dess. Präm.-A. 31/2	80,70 bz.	do. Rente 5	81,75 bz. G.	do. do. Gld.-Prior. 5	5	101,10 bz. G.	do. div.Ser.(rz.102) 4	63,75 bz. G.	Passage ...	12,75 bz. G.
Paris 3 8 T. 80,70	H										